



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
L 21

Kiel, 30. Oktober 2014
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die

78. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

*am Mittwoch, dem 29. Oktober 2014,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 13:05 Uhr

Der Ausschuss nahm zu folgenden Themen Berichte der Landesregierung entgegen:

- **Bewerbung um Ausrichtung Olympischer Sommerspiele und Paralympics**
Antrag der Abg. Petra Nicolaisen (CDU) - [Umdruck 18/3298](#)
- **Bericht des Innenministers über den Umgang der Landesregierung mit einem internen Strategiepapier der Landespolizei zum Stellenbedarf und über die Auswirkungen auf den geplanten Stellenabbau**
Antrag der Abg. Astrid Damerow (CDU) - [Umdruck 18/3449](#)
- **Bericht der Landesregierung zum Flüchtlingsgipfel vom 23. Oktober 2014**
Antrag der Abg. Angelika Beer (PIRATEN) - [Umdruck 18/3499](#)

Hieran schlossen sich jeweils Aussprachen an.

Der Ausschuss setzte seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs**, [Drucksache 18/1659](#), und den dazu vorliegenden Änderungsanträgen fort. Er nahm in Aussicht, seine Beratungen in seiner Sitzung am 5. November 2014 abzuschließen und dem Plenum zur November-Tagung eine Beschlussempfehlung zuzuleiten.

Der Ausschuss schloss seine Beratungen zum Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Einbürgerung von Gebühren freistellen**, [Drucksache 18/1858](#), und dem dazu vorliegenden Änderungsantrag der Regierungsfraktionen, [Drucksache 18/2047](#), ab. Die einzelnen Nummern des Änderungsantrags der Regierungsfraktionen, [Drucksache 18/2047](#), wurden getrennt abgestimmt. Im Ergebnis empfahlen die Ausschussmitglieder dem Landtag einstimmig die An-

nahme des Antrags der Fraktionen der PIRATEN, [Drucksache 18/1858](#), in der Fassung des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen, [Drucksache 18/2047](#).

Der Ausschuss schloss auch seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU zur **Änderung gesetzlicher Vorschriften über die Wahlen von Landesbeauftragten**, [Drucksache 18/1764](#), und zum Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW zur **Einrichtung des Amtes eines oder einer Landesbeauftragten für politische Bildung**, [Drucksache 18/1750](#), ab. Er empfahl dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und PIRATEN bei Enthaltung der Stimme der FDP, den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU zur Änderung gesetzlicher Vorschriften über die Wahlen von Landesbeauftragten, [Drucksache 18/1764](#), abzulehnen. Dem federführenden Bildungsausschuss empfahl der beteiligte Innen- und Rechtsausschuss mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 18/1750](#), mit den im Änderungsantrag der antragstellenden Fraktionen, [Umdruck 18/3438](#), enthaltenen Änderungen zu empfehlen.

Zum Antrag der **Volksinitiative „Neue Wege für Schleswig-Holstein - A 20 endlich fertigstellen“**, [Drucksache 18/2248](#), kamen die Ausschussmitglieder überein, die Empfehlung des mitberatenden Wirtschaftsausschusses abzuwarten.

Die **Beschlüsse der 26. Veranstaltung „Altenparlament“**, [Umdruck 18/3439](#), überwies der Ausschuss mit der Bitte an die Fraktionen, hieraus gegebenenfalls parlamentarische Initiativen zu entwickeln.

Im Zusammenhang mit dem **Aktenvorlagebegehren gem. Artikel 23 Absatz 2 der Landesverfassung über die Vorlage des Durchsuchungsbeschlusses im Fall Wende (Rückkehroption an die Universität Flensburg) für die Räumlichkeiten der Staatskanzlei**, Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, [Umdruck 18/3380](#), beschloss der Ausschuss entsprechend des im Übersendungsschreiben der Staatskanzlei enthaltenen Wunsches die im Rahmen des Begehrns vorgelegten Akten vertraulich zu behandeln und gemäß § 13 Geheimschutzordnung geheim zu halten.

Die Beratungen zum Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN zur **Einführung einer Karrenzeit für Ministerinnen und Minister**, [Drucksache 18/2334](#), verschob der Ausschuss vor dem Hintergrund der Ankündigung eines weiteren Gesetzentwurfs zu diesem Thema auf seine Sitzung nach der Dezember-Tagung des Landtags.

Ihre abschließende Beratung zum Antrag der Fraktion der PIRATEN, **Syrische Kriegsopfer schützen - Flüchtlinge konsequent und bedingungslos aufnehmen!**, und dem dazu vorliegenden selbstständigen Änderungsantrag der Regierungsfraktionen, [Drucksache 18/2141](#), verschoben die Ausschussmitglieder auf ihre Sitzung am 5. November 2014 und nahmen in Aussicht, dem November-Plenum dazu eine Beschlussempfehlung zuzuleiten. Das Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten wurde gebeten, dem Ausschuss hierzu noch den in der Beratung thematisierten schriftlichen Sachstandsbericht mit Hintergrundinformationen zuzuleiten.

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungsorganen und Aufsichtsgremien öffentlicher Unternehmen im**

Land Schleswig-Holstein, [Drucksache 18/2234](#), schloss sich der Ausschuss dem Verfahren des federführenden Finanzausschusses an.

Den Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Änderung des Marktüberwachungsverordnungs-Durchführungsgesetzes**, [Drucksache 18/2237](#), empfahl der Ausschuss dem Landtag bei Enthaltung der FDP mit den Stimmen der übrigen Fraktionen und der Abgeordneten des SSW unverändert zur Annahme.

Der Bericht der Landesregierung, **Novellierung des Rettungsdienstgesetzes**, [Drucksache 18/2283](#), wurde vom Ausschuss abschließend zur Kenntnis genommen.

Zu folgenden Vorlagen beschloss der Ausschuss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung:

- a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren**
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drucksache 18/1665](#)
- b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Brandschutzgesetzes**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drucksache 18/2238](#)
(Frist für die Stellungnahmen: 28. November 2014 - abschließende Beratung im Innen- und Rechtsausschuss: 3. Dezember 2014)
- **Entwurf eines Gesetzes zum Sechzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drucksache 18/2314](#)
(Benennung bis zum 12. November 2014/Anhörungsfrist: 4 Wochen)
- **Entwurf eines Gesetzes zum Fünften Medienänderungsstaatsvertrag HSH**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drucksache 18/2315](#)
(Benennung bis zum 12. November 2014/Anhörungsfrist: 4 Wochen)

Seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung über den **Vollzug des Jugendarrestes in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/891](#), und den dazu vorliegenden Änderungsanträgen verschob der Ausschuss auf seine Sitzung am 5. November 2014. Er nahm in Aussicht, dem Landtag zu seiner November-Tagung dazu eine Beschlussempfehlung zuzuleiten.

Schluss: 15:30 Uhr

gez. Dörte Schönfelder